

Wirtschaft sieht Energiewende skeptisch

Firmen befürchten laut IHK-Studie: Neue Geschäfts-Chancen wie Versorgungssicherheit und Preisanstieg nicht auf

Von Alois Schießl

Passau. Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022, ein Anteil der erneuerbaren Energie an der Stromversorgung im Jahr 2020 von 35 Prozent, 2030 (in Bayern schon bis 2021) von 50 Prozent und bis 2050 gar von 80 Prozent. Und dafür ein rascher Ausbau der Stromleitungsnetze – die Wirtschaft sieht diese politischen Ziele nicht nur als ambitioniert an. Wie Christian Hatz, der Vizepräsident der IHK Niederbayern, jetzt bei einer Fachveranstaltung der IHK in Passau zum Thema Energiewende sagte, überwiege bei den Betrieben die Skepsis. Strompreisentwicklung und Versorgungssicherheit sorgten für Beunruhigung.

„Betrieblich ist die Energiewende für die Unternehmen eines der problematischsten Themen, im Preisbereich sogar das problematischste“, sagte Hatz. Dies belegten regelmäßig die Ergebnisse der Konjunkturumfragen der IHK Niederbayern. Darin seien seit Monaten die Zukunftsaussichten der Betriebe durch Preissteigerungen bei Energie und Rohstoffen getrübt.

Die Skepsis belege auch das „Energiewende-Barometer“, für das der DIHK über 2300 Firmen befragte. Und diese Ergebnisse seien auch auf Niederbayern anwendbar. „Die Studie zeigt, dass die Skepsis bei den Firmen groß ist. Es herrscht die Meinung vor, dass die Chancen der Energiewende – etwa die Erschließung neuer Geschäftsfelder und Absatzmärkte – die Risiken wie Preisanstiege und Sorgen um die Versorgungssicherheit nicht aufwiegen“, so Hatz.

Auf einer Skala von Minus 100 (Auswirkungen sehr negativ) bis Plus 100 (sehr positiv) bewerteten die befragten Firmen die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit mit Minus 12,5, was außergewöhnlich schlecht sei. Bei den Industriebetrieben in Deutschland verbänden sogar



Gerade in Niederbayern sind in den vergangenen Jahren viele neue PV-Anlagen installiert worden. Das führt laut E.ON zu starken Unterschieden zwischen eingespeister Leistung und dem Strombedarf.

50 Prozent mit der Energiewende einen Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit. Der Wert von Minus 26 belege dies. Der Mittelstand bewerte die Energiewende mit Minus 19 (20 bis 249 Mitarbeiter) bzw. Minus 16 (250 bis 499 Mitarbeiter) schlechter als Klein- und Großfirmen.

Jede 10. Firma beklagt Produktionsschäden

Laut Studie macht sich jeder fünfte Betrieb zumindest Gedanken über eine Einschränkung der inländischen Produktion. In jeder zehnten Firma hat es bereits auf Grund von Problemen mit der Energieversorgung Produktions-Schäden gegeben.

IHK-Vizepräsident Hatz warnte davor, industrielle Strom-Großverbraucher, die von der EEG-Umlage weitgehend befreit sind, stärker zu belasten. Dies würde die internationale Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Betriebe

schwächen. Um Mittelstand und Verbraucher kurzfristig zu entlasten, forderte Hatz eine deutliche Senkung der Stromsteuer – eine Halbierung brächte eine Minderung des Strompreises um einen Cent pro Kilowattstunde. Weitere Umlagen oder Verschiebungen von Kosten in die Netzentgelte lehnte Hatz ab. Das EEG-Gesetz gehöre novelliert, um weitere Anstiege der EEG-Umlage zu dämpfen. Außerdem müssten Netzausbau und Ausbau der Erneuerbaren Energien synchronisiert werden.

Auf die Probleme, die der vor allem in Niederbayern starken Zuwachs an Photovoltaik (PV)-Anlagen für das Stromnetz-Management schafft, ging Johannes Brantl von E.ON Bayern ein. Ein Hauptproblem sei, dass PV- und Windanlagen oft wesentlich mehr, und dann wieder viel zu wenig Strom als gerade benötigt werde, erzeugten.

Um die Versorgungssicherheit, die gerade in Bayern noch sehr hoch sei, auch weiterhin zu gewährleisten, müsse der Netz-

ausbau forciert werden, er müsse mit dem Zubau der Einspeiseanlagen Schritt halten.

Christian Hübner vom Netzbetreiber Tennet wies darauf hin, dass auf Grund der volatilen Einspeisung erneuerbarer Energie die netzseitigen Eingriffe in das Erzeugungsmanagement sowohl im Übertragungs- als auch im Verteilnetzbereich deutlich zunähmen. Ein verstärkter Leitungsbau sei dringend geboten.

Laut Dr. Serafin von Roon, Chef der Forschungsgesellschaft für Energiewirtschaft, München, gibt es aktuell noch keine konkreten Auswirkungen der Energiewende auf die Versorgungsqualität für das produzierende Gewerbe; doch sie könnten beim weiteren Zuwachs der erneuerbaren Energien kommen.

In der Diskussion wurden von mehreren Unternehmern und Wissenschaftlern verstärkte Anstrengungen in der Speichertechnologie gefordert. Auch wurde die Prüfung von Alternativen zum Bau von Hochspannungsleitungen verlangt.



Die Referenten der IHK-Veranstaltung (v.l.) Christian Hatz, Dr. Serafin von Roon, Johannes Brantl und Christian Hübner. – F: si

„Energiesparen verlangt Investitionen“

Passau. Die Handwerkskammer Niederbayern/Oberpfalz hat die Betriebe vor dem Hintergrund steigender Energiekosten aufgefordert, sich noch mehr dem Thema Energiesparen zu widmen.

In Passau sagte HWK-Vizepräsident Karl-Heinz Moser, für deutsche Firmen und Privathaushalte seien alleine die Stromkosten seit dem Jahr 2000 von 17 auf 53 Milliarden Euro gestiegen, das sei fast eine Verdoppelung innerhalb von zwölf Jahren. Um so wichtiger seien Energie-Einsparstrategien.

Helmut Schmid, Innovationsberater der Kammer, sagte: „Klar aber ist, das ist nicht zum Nulltarif zu haben.“ Wer seine Energiekosten dauerhaft senken möchte, der müsse zunächst investieren. Doch dies amortisiere sich nach einigen Jahren. Laut HWK-Berater Andreas Keller gibt es jedoch zahlreiche Fördermöglichkeiten für Betriebe, die in die Energieeffizienz investieren wollen. – si